

Gemeinsame Resolution der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der Universität Bremen

Seit Jahren wird mit jedem Hochschulentwicklungsplan die personelle und finanzielle Ausstattung der Universität Bremen reduziert, die Leistungserwartungen dagegen stets erhöht.

Trotz massiver Einsparungen – Hochschullehrerstellen werden gestrichen, Mitarbeiterstellen nicht zureichend ausgebaut und der Sachhaushalt kontinuierlich gekürzt – sollen tiefgreifende Reformen in der Studienstruktur durchgeführt, gleichzeitig die Zahl Studierender erhöht, die Studiendauer reduziert und zugleich die Forschungsleistungen noch exzellenter werden.

Die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen sind von den angekündigten Kürzungen im Landeshaushalt besonders bedroht, denn es zeigt sich zum wiederholten Mal, dass trotz ihrer Bedeutung, der Mitgliederzahl und der vielfältigen Funktionen, die sie in Lehre und Forschung und Verwaltung ausüben, ihnen nicht das angemessene politische Gewicht zugesprochen wird.

Dabei leisten sie den Hauptteil der universitären Forschungsarbeit:

- sie entlasten und ergänzen die ProfessorInnen in der Lehre,
- sie helfen bei der Betreuung von StudentInnen und DoktorandInnen,
- sie pflegen die gesamte universitäre Infrastruktur
- und sie sorgen durch die Mitarbeit in der Selbstverwaltung für die Aufrechterhaltung eines kontinuierlichen Lehr- und Forschungsbetriebes.

Honoriert wird dieser Arbeitseinsatz aber mit einer weiteren *Verschärfung der Arbeitssituation*:

- So wird z.B. in Folge der 6. Novelle des HRG eine neue Personalstruktur aufgebaut: C1/C2-Stellen werden abgeschafft und die Kategorie der LektorInnen eingeführt. Diese führen professorale Lehre durch, werden aber nicht tarifvertraglich und damit schlechter bezahlt.

Gesamt gesehen steigen die Aufgaben in Lehre und Forschung.

- So sollen mehr Studierende in kürzerer Zeit ausgebildet werden, was erhöhten Betreuungsaufwand bedeutet.
- Das Volumen der akquirierten Forschungsanträge soll steigen und diese dann Exzellenzkriterien entsprechen.

Aber alles bei gleichzeitig dramatischer Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen. So befinden sich von den akademischen MitarbeiterInnen nur etwa 25 bis 30 % in unbefristeten Arbeits- oder Dienstverhältnissen. Der weit überwiegende Teil muss sich mit befristeten Verträgen zufrieden geben, deren Dauer häufig nur zwei Jahre oder weniger beträgt. Insbesondere bei akademischen MitarbeiterInnen in drittmittelfinanzierten Projekten sind Arbeitsverträge mit kurzen Laufzeiten üblich.

Die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der Universität Bremen lehnen daher die mit dem HGP V beabsichtigten Kürzungspläne der Landesregierung, die auch durch die aktuellen Koalitionsvereinbarungen nicht entkräftet wurden, vehement

ab und fordern den Rektor bzw. die Universitätsleitung auf, sich nach Kräften dafür einzusetzen, dass die Kürzungsvorgaben der Landesregierung zurückgezogen werden.

Sie werden sich nicht daran beteiligen, die Sparauflagen der Landesregierung umzusetzen, die nicht nur die Qualität von Lehre und Forschung negativ beeinflussen, wenn nicht sogar die Existenz ganzer Studiengänge in Frage stellen.

Die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen fordern eine adäquate finanzielle Ausstattung der Universität durch das Land Bremen, die endlich wieder zumutbare Studien-, Forschungs- und Arbeitsbedingungen sowie die nach dem Hochschulgesetz geforderte Qualität in der Lehre gewährleistet.

Sie wollen nicht „Sparball“ der jährlich zu leistenden Sparquote sein, und nehmen weitere personelle Kürzungen und Verschlechterungen der Arbeitssituation und Kürzung der Gehälter nicht mehr hin.

Sie fordern, dass kurzfristig die Unzulänglichkeiten in der Universität Bremen systematischer untersucht und erfasst werden, um entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitssituation einleiten zu können.